
GEW-Newsletter Hochschule und Forschung + Newsletter Templiner Manifest

01.12.2015: **GEW: „Bundestag muss Befristungsunwesen Riegel vorschieben“
Bildungsgewerkschaft zur Beratung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im
Bundestagsausschuss**

Heute mit folgenden Themen:

- Bundestag muss Befristungsunwesen Riegel vorschieben – Bildungsgewerkschaft zur Beratung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Bundestagsausschuss
- Dienstvereinbarung gegen Befristungsunwesen: Personalräte-Preise für Uni-Personalrat
- Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung an britischen Hochschulen
- Studierenden-Allzeit-Hoch: Jetzt Entfristungs-offensive starten

GEW: „Bundestag muss Befristungsunwesen Riegel vorschieben“

**Bildungsgewerkschaft zur Beratung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im
Bundestagsausschuss**

Berlin/Frankfurt a. M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat den Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung aufgefordert, den Regierungsentwurf zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes nachzubessern. „Neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Hochschulen werden mit einem Zeitvertrag abgespeist, über die Hälfte der Verträge läuft nicht einmal ein Jahr. Der Gesetzgeber muss dem völlig aus dem Ruder gelaufenen Befristungsunwesen in der Wissenschaft endlich einen Riegel vorschieben. Ins Wissenschaftszeitvertragsgesetz gehören konkrete Mindestlaufzeiten, eine verbindliche Familienkomponente und verlässliche Beschäftigungsperspektiven für studentische Hilfskräfte. Für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement muss es Dauerstellen geben“, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende und Hochschulexperte, Andreas Keller, mit Blick auf die abschließende Beratung des Regierungsentwurfs zur Gesetzesnovelle in der morgigen Sitzung des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Der GEW-Vize kritisierte den Gesetzentwurf der Bundesregierung als „zu unverbindlich“. „Dass die Laufzeit der Arbeitsverträge ‚angemessen‘ sein soll, ist gut gemeint, aber von sturen Arbeitgebern leicht zu umgehen. Für Arbeitsverträge zur Förderung der Promotion oder der Qualifizierung für eine Professur muss es deshalb eine verbindliche Mindestlaufzeit von drei Jahren geben“, betonte Keller.

Weiter komme es darauf an, die so genannte familienpolitische Komponente des Gesetzes endlich verbindlich auszugestalten. „Ob ein Zeitvertrag verlängert wird, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Kinder betreuen, entscheidet allein der Arbeitgeber – es gibt keinen Anspruch auf Verlängerung, für Drittmittelbeschäftigte nicht einmal bei Elternzeit oder Mutterschutz. Das ist ein Armutszeugnis: Die Abgeordneten müssen das Gesetz dringend überarbeiten und für die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung sorgen“, mahnte Keller.

Das Gesetz müsse weiter sicherstellen, dass Zeitverträge nur noch abgeschlossen werden dürfen, wenn das Projekt überwiegend aus Drittmitteln finanziert wird oder die Beschäftigung der wissenschaftlichen Qualifizierung dient, sagte Keller. „Auf Vorschlag der GEW hat die Bundesregierung diesen Grundsatz bereits in ihren Gesetzentwurf aufgenommen. Damit die Regelung von den Arbeitgebern nicht unterlaufen wird, muss sie aber mit einem Anspruch auf Qualifizierung verbunden werden: Mindestens 50 Prozent der Arbeitszeit müssen für die Promotion oder die Vorbereitung auf eine Professur zur Verfügung stehen. Andernfalls muss das Beschäftigungsverhältnis entfristet werden, denn für Daueraufgaben muss es Dauerstellen geben“, betonte Keller.

Schließlich warnte der GEW-Hochschulexperte davor, mit der Novelle die Beschäftigungsperspektiven für studentische Hilfskräfte zu verschlechtern. „Viele Studierende finanzieren sich ihr Studium mit Hilfskraft-Jobs an ihrer Hochschule. Es wäre fatal, wenn diese Möglichkeit ausgerechnet zum Ende des Studiums wegfiel. Die Höchstdauer für Studierenden-Jobs muss daher auf sechs Jahre angehoben werden“, sagte Keller. Der Regierungsentwurf sieht eine Begrenzung studentischer Beschäftigungszeiten auf vier Jahre vor.

Info: Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages wird den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes am morgigen Mittwoch abschließend beraten. Danach wird der Gesetzentwurf mit einer Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum des Bundestages weitergeleitet.

Heute findet anlässlich der bevorstehenden Beratung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Bundestags-Ausschuss ein studentischer Aktionstag gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen statt. Die Studierenden fordern bessere Bedingungen für studentische Hilfskräfte, außerdem mahnen sie stabilere Beschäftigungsverhältnisse der Lehrenden an, damit diese gute Lehre und Betreuung der Studierenden realisieren können. An vielen Hochschulen – u.a. in Darmstadt, Marburg, Hannover, Vechta, Braunschweig, Lüneburg, Würzburg, Passau, Bamberg und Bonn - wird es Vollversammlungen der studentischen Beschäftigten geben.

Zur Sachverständigenanhörung des Ausschusses am 11. November hat Andreas Keller für die GEW eine umfassende Stellungnahme zum Regierungsentwurf vorgelegt. Diese finden Sie auf der GEW-Website unter:

<http://www.gew.de/wissenschaft/presse/detailseite/neuigkeiten/gew-zeitvertrags-novelle-darf-kein-papiertiger-werden/>

Dienstvereinbarung gegen Befristungsunwesen: Personalräte-Preis für Uni-Personalrat

2013 hat die GEW mit dem Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen empfohlen, sich selbst zu stabilen Beschäftigungsbedingungen und berechenbaren Karrierewegen zu verpflichten (www.gew.de/wissenschaft/herrschinger-kodex/). Am verbindlichsten geht dies über eine Dienstvereinbarung, welche die Personalvertretung und die Leitung einer Hochschule nach Maßgabe des Personalvertretungsrechts gemeinsam abschließen können. Die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) ist diesen Weg gegangen und wurde dafür jetzt mit dem Deutschen Personalrätepreis Gold ausgezeichnet, den der Bund-Verlag jährlich im Rahmen des Schöneberger Forums verleiht (www.bund-verlag.de/zeitschriften/der-personalrat/aktuelles/2015/11/gold-fuer-projekt-gegen-befristungs-wildwuchs.php).

Die im August 2014 an der Viadrina unterzeichnete „Dienstvereinbarung zur Gestaltung von Arbeitsverträgen akademischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ sieht beispielsweise für Erstverträge mit Doktorandinnen und Doktoranden eine Mindestlaufzeit von drei Jahren vor, für Postdocs eine Mindestlaufzeit von vier Jahren. Mindestens 40 Prozent ihrer Arbeitszeit ist für die eigene Qualifizierung einzusetzen. Weiter haben Personalrat und Unileitung eine Nutzung der familienpolitischen Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes „in vollem Umfang“ sowie die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzepts vereinbart.

Die Dienstvereinbarung im Wortlaut: www.europa-uni.de/de/struktur/gremien/personalrat_wp/_dokumente_wp/Endfassung_DVguteArbeit_27-08-2014.pdf

Die GEW gratuliert dem Personalrat der Viadrina zu dieser Auszeichnung und wünscht sich, dass viele andere Personalvertretungen und Hochschulleitungen dem Beispiel folgen und in Dienstvereinbarungen Mindeststandards für gute Arbeit festlegen!

Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung an britischen Hochschulen

Anfang November hat die britische Hochschulgewerkschaft UCU (University and College Union) sich mit vielen anderen Bildungs- und Hochschulgewerkschaften aus ganz Europa mit der GEW solidarisiert und ihre Unterstützung der Aktionswoche Traumjob Wissenschaft erklärt, zu der die GEW aufgerufen hatte. Unterdessen hat umgekehrt die GEW den Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung der UCU am 19. November 2015 unterstützt („Anti-casualisation day of action“, www.ucu.org.uk/index.cfm?articleid=1955).

„Der Kampf für faire Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft muss zu einer europäischen Bewegung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ihrer Bildungsgewerkschaften werden. Im Bologna-Prozess und im Europäischen Forschungsraum gibt es für uns Interventionsmöglichkeiten. Auf nationaler Ebene können wir uns gegenseitig unterstützen. Über die Bildungsinternationale und ihre europäische Region, das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, arbeiten wir bereits erfolgreich

zusammen. Das stärkt uns gegenseitig“, erklärten die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe, und der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller, in einem Schreiben an UCU-Generalsekretärin Sally Hunt.

Studierenden-Allzeit-Hoch: Jetzt Entfristungsoffensive starten

Im Wintersemester 2015/2016 sind so viele Studierende wie noch nie an den deutschen Hochschulen eingeschrieben. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes waren rund 2.759.000 Studentinnen und Studenten im aktuellen Wintersemester an einer deutschen Hochschule immatrikuliert (www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/11/PD15_432_213.html). Damit erhöhte sich die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Wintersemester 2014/2015 um 60.400 (+ 2,2 Prozent).

Wasser auf die Mühlen der GEW und ihre Forderung nach einem weiteren Ausbau der Hochschulen: „Das Bild von einem Studierendenberg hat sich abermals als Mythos entpuppt. Die Studierendenzahlen gehen nicht zurück, sondern stabilisieren sich auf einem hohen Niveau. Auch wenn derzeit die geburtenschwachen Jahrgänge der neunziger Jahre die Schulen verlassen, steigt im Gegenzug die Bildungsbeteiligung junger Menschen. In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhundert wird ein Hochschulstudium offensichtlich zur Regelausbildung für einen wachsenden Anteil eines Altersjahrgangs“, analysierte der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller. „Um der jungen Generation bestmögliche Zukunftschancen zu eröffnen, müssen Bund und Länder jetzt die Weichen für einen Ausbau der Studienkapazitäten und eine Verbesserung der Betreuungsrelationen stellen. Höchste Zeit für eine Entfristungsoffensive an den Hochschulen: Wir brauchen mehr Professuren und mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau“, erklärte Keller.

Dr. Andreas Keller

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Hauptvorstand

Stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung

Reifenberger Str. 21, D-60489 Frankfurt a. M.

Tel.: +49 (0) 69 78973-314, Fax: +49 (0) 69 78973-103

E-Mail: andreas.keller@gew.de, Internet: www.gew.de/wissenschaft/
